

und könnte somit Gas unberechtigterweise abpumpen. China streitet allerdings ab, die Demarkationslinie durch die Bohrungen zu verletzen. Überdies verweigert Beijing ohnehin die Anerkennung dieser Grenze und betrachtet stattdessen das Ende des Kontinentalschelfs als eigentliche Grenzlinie seines Seeterritoriums, was einer Ausdehnung fast bis Okinawa gleichkommt. Das UN-Seerechtsabkommen erlaubt Küstenländern eine Ausdehnung im Seebereich bis 200 Seemeilen (370 km) vor der jeweiligen Küste. Beijing und Tokio, die zwar beide das Abkommen 1996 unterschrieben haben, konnten sich bislang auf keine gemeinsame Grenze einigen. Die Vereinten Nationen werden nach eigenen Angaben erst im Jahr 2009 eine Regulierung der bis dahin weltweit noch offen stehenden küstennahen Territorialansprüche vornehmen.

Um den Konflikt von vornherein nicht eskalieren zu lassen, hatte Chinas Außenminister Li Zhaoxing bei einem Treffen mit seiner japanischen Amtskollegin Yoriko Kawaguchi bereits am 22. Juni in Qingdao den Vorschlag gemacht, gemeinsam die Chunxiao-Gasvorkommen zu sondieren. Kawaguchi entgegnete, eine solche Übereinkunft käme nicht infrage, solange nicht von chinesischer Seite die exakten Koordinaten des Chunxiao-Gasfeldes, sowohl was die Tiefe als auch die Ausdehnung angehe, klar abgesteckt würden. Das japanische Außenministerium stellte zudem zwei zusätzliche Forderungen: Bevor der Konflikt gelöst werden könne, müsse China sowohl beweisen, dass das Chunxiao-Feld die „Demarkationslinie“ nicht überschreite, als auch glaubhaft machen, dass die angebohrten Felder unterirdisch keine Verbindung zu Feldern auf der japanischen Seite aufwiesen. Erst nach Klärung dieser beiden Punkte sei man für weitere Diskussionen offen.

Beijing zeigte sich bislang weder bereit, auf die Forderungen einzugehen, noch die geforderten Daten über das Gasfeld herauszugeben, was Japan nun zu dem Schritt bewegen habe, eigene Forschungen anzustellen, so Japans Wirtschaftsminister Shoichi Nakagawa.

Nach Bekanntwerden der japanischen Erkundungsarbeiten, reagierte China

empfindlich. Chinas Vizeaußenministerin Wang Yi zitierte am gleichen Tag den japanischen Diplomaten Koreshige Anami zu Gesprächen ins chinesische Außenministerium. Die „Provokation von japanischer Seite“ sei „völlig inakzeptabel“, China verwehre sich dagegen auf das Schärfste, so Wang. Japan solle demnach keinerlei Aktionen unternehmen, die Chinas Interessen untergraben und die momentane Situation verkomplizieren könnten. China dränge Japan darauf, die Untersuchungen sofort zu stoppen, da diese Chinas Interessen und seine Souveränität verletzen würden. Man könne diesen Schritt Japans in keinem Fall tolerieren. Japan fuhr jedoch, von den harten Worten unbeeindruckt, mit seiner Suche nach Erdgas unbeirrt fort. (XNA, 8.7.04; WSJ, 30.6., 8., 9.7.04; ST, 1.7.04; SCMP, 2.7.04, nach BBC EF, 2.7.04; Xinhua, 8.7.04, nach BBC PF, 8.7.04; *Kyodo News Service*, 4., 6., 7., 8.7.04, nach BBC EF, 4., 6., 7., 8.7.04; SCMP, 8.7.04) -eva-

Innenpolitik

6 Stärkung der „Regierungskapazität der Partei“ im Fokus der KPCh-Spitzengremien

Das Konzept der „Regierungskapazität der Partei“ (*dang de zhizheng nengli*) und die Möglichkeiten, diese zu stärken, beschäftigt derzeit die Spitzengremien der KPCh. Unter Leitung des KPCh-Generalsekretärs Hu Jintao setzten sich die Mitglieder des Politbüros in den vergangenen Wochen intensiv mit dem Konzept auseinander, dessen Formulierung auf den XVI. Parteitag der KPCh im November 2002 zurückgeht. Auch das Zentralkomitee wird sich dem Thema widmen, nachdem auf einer Sitzung des Politbüros am 23. Juli beschlossen wurde, die Stärkung der Regierungskapazität der Partei auf die Agenda der 4. Plenarsitzung des XVI. ZK der KPCh zu setzen, die für September anberaumt wurde.

Dank der unter Hu Jintao eingeführten regelmäßigen Nachrichtenberichterstattung über Sitzungen und andere Aktivitäten des Politbüros war

den Medien zu entnehmen, dass bereits Ende Juni einer der zahlreichen „kollektiven Studienkurse“ für die Mitglieder des Politbüros vollständig dem Thema der Regierungskapazität vorbehalten war. Seit seinem Amtsantritt hat der KPCh-Generalsekretär das Politbüro regelmäßig zu solchen Seminaren verpflichtet, in denen etwa einmal monatlich ausgewiesene Experten zu ausgewählten, parteipolitisch relevanten Themen referieren und sich anschließend der Diskussion stellen. So weit bekannt, handelte es sich bei dem am 29. Juni zum Thema „Regierungskapazität“ veranstalteten Seminar um das 14. seiner Art. Als Experten waren die beiden Professoren Huang Zongliang von der Beijing-Universität und Lu Xianfu von der Zentralen Parteischule in Beijing geladen. Hu Jintao selbst betonte einleitend, dass es für den bisherigen und zukünftigen Entwicklungspfad der KPCh kein vergleichbares internationales Beispiel gebe, da China sich in Geschichte, Kultur, Gesellschaftssystem und Entwicklungsstand grundlegend von allen anderen Ländern unterscheide. Wenn es daher auch nicht möglich sei, Erfahrungen politischer Parteien in anderen Ländern zu kopieren, könnte es zur Erweiterung des eigenen Horizonts dennoch hilfreich sein, konkrete Regierungs- und Verwaltungspraktiken, wie sie in anderen nationalen Kontexten zu beobachten seien, zu studieren und als Referenz zur eigenen Orientierung heranzuziehen.

Ähnlich argumentierte ein Artikel in der *Volkszeitung* anlässlich des 83. Jahrestags der Gründung der KPCh am 1. Juli. Auch hier wurde dazu aufgefordert, die „positiven und negativen Erfahrungen“ politischer Parteien in anderen Ländern zu Rate zu ziehen, um die Regierungskapazität der KPCh nach 55 Jahren der Machtausübung weiter zu stärken und gegen Korruption und Dekadenz zu wappnen. Wie jüngste Beispiele etwa politischer Stiftungen in Deutschland bestätigen, zeigen sich chinesische Delegationen mit KPCh-Hintergrund derzeit am Erfahrungsaustausch mit politischen Parteien im Ausland sehr interessiert.

Wie eine Hongkonger Quelle erfahren haben will, befassen sich derzeit zahlreiche Parteitheoretiker und Hochschulprofessoren mit der konzept-

tionellen Vorbereitung der für September anberaumten 4. Plenarsitzung des XVI. ZK zum Thema Regierungskapazität. Als ein Kernpunkt bei der Stärkung der Regierungskapazität der Partei werde dabei der Ausbau innerparteilicher Demokratie betrachtet, ein weiteres Konzept, das auf dem XVI. Parteitag der KPCh im Herbst 2002 besondere Betonung erfuhr. Ziel sei es zunächst, bestehende Probleme im Bereich innerparteilicher Demokratie zu erkennen. So sei unter Parteimitgliedern an der Basis die überholte Auffassung noch weit verbreitet, dass die Regierungsführung Sache der Parteikomitees der KPCh auf zentraler und Provinzebene sei und ihre eigene Arbeit davon unberührt bleibe. Auch glaubten viele Genossen, dass die KPCh alle öffentlichen Angelegenheiten „direkt und exklusiv“ zu regulieren habe; in allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen gelte der „Parteisekretär“ als allmächtige Figur. Als problematisch gelte auch die oft geringe fachliche Qualifikation von Parteifunktionären gerade auf niedrigeren Verwaltungsebenen, die die Formulierung wirksamer politischer Strategien und Maßnahmen erheblich erschwere. Tatsächlich müssten die Parteimitglieder erkennen, dass die KPCh sich in einem tiefgreifenden Wandel befinde. So werde die Ausübung parteistaatlicher Kontrolle durch diskretionäre politische Maßnahmen von einer Kontrolle mittels Gesetzen abgelöst, und an die Stelle direkter und umfassender Verwaltung trete immer stärker eine indirekte Makroregulierung öffentlicher Angelegenheiten.

Um diesen Wandel zu unterstützen und damit die Regierungskapazität der Partei zu stärken, müsse die Konzentration parteistaatlicher Macht in den Händen einiger weniger Funktionäre beseitigt und die innerparteiliche Demokratie ausgebaut werden. Erwartet wird, dass auf der ZK-Plenarsitzung im September eine Ausweitung entsprechender Experimente beschlossen wird. Zu diesen Experimenten gehört etwa die Auflösung der Ständigen Ausschüsse lokaler Parteikomitees, die bisher faktisch für die Formulierung und Implementierung lokaler Politik zuständig waren; ihre Kompetenzen sollten auf die Plenargremien der von den Parteikongressen direkt gewählten Parteikomi-

tees übergehen. Erweitert werden sollen auch Experimente zur direkten Wahl örtlicher Parteisekretäre und ihrer Stellvertreter sowie zur jährlichen Einberufung der Parteikongresse, die bislang nur alle fünf Jahre einmal tagen und daher faktisch keinerlei politische Gestaltungsmöglichkeit haben. Ein besonderes persönliches Anliegen von KPCh-Generalsekretär Hu Jintao sei es dabei, den Delegierten lokaler Parteikongresse während ihrer Amtszeit von jeweils fünf Jahren eine permanente Anstellung zu gewähren, um so die strukturelle Voraussetzung für eine dauerhafte Teilnahme der Parteikongresse am politischen Entscheidungsprozess zu schaffen. Ob diese weit reichenden Pläne tatsächlich ihren Weg auf die Agenda der nächsten ZK-Plenarsitzung finden, bleibt abzuwarten. In jedem Fall wird es ein weiter Weg von der Formulierung solcher lokal begrenzten Experimente, von denen manche bereits auf die 1980er-Jahre zurückgehen, zur landesweiten Umsetzung sein. Für die innere Reformfähigkeit der KPCh spricht im Ansatz die Tatsache, dass derartige Fragen in den Spitzengremien der Partei überhaupt diskutiert werden. (RMRB, 1., 24.7.04; Xinhua, 30.6., 23., 24.7.04, nach BBC PF, 1., 4., 24., 25.7.04; XNA, 23.7.04; *Hsin-pao (Hong Kong Economic Journal)*, 16.7.04, nach BBC PF, 27.7.04) -hol-

7 Implementierung des neuen „Verwaltungsnehmigungsgesetzes“

Zum 1. Juli ist das „Verwaltungsgenehmigungsgesetz der VR China“ in Kraft getreten, das im August 2003 vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses verabschiedet worden war und allgemein als ein Meilenstein in der Entwicklung eines eigenständigen Verwaltungsrechts in China gewertet wird (zur verwaltungsrechtlichen Bedeutung des Gesetzes vgl. den Beitrag von Prof. Robert Heuser, „Reduzierung und Normierung staatlicher Präventivintervention“, C.a., 2004/3, S. 286-298, der auch eine vollständige deutsche Übersetzung des Gesetzes liefert).

Die nun beginnende Umsetzung des neuen Gesetzes, dessen Formulierung durch die Erfordernisse der WTO-Mitgliedschaft Chinas nötig wurde,

stellt die Verwaltung des Landes vor enorme Herausforderungen. War das Selbstverständnis öffentlicher Verwaltung in der Volksrepublik in den vergangenen Jahrzehnten von der Autorität zur Erteilung von Genehmigungen (*shenpi*) aller Art dominiert, beschränkt das neue Gesetz diese Autorität nun in vielfacher Weise. Den zahlreichen Praktiken willkürlicher Machtausübung und persönlicher Vorteilsnahme, denen die behördlichen Befugnisse zur Erteilung bzw. Verweigerung von Genehmigungen in beinahe allen Wirtschafts- und Lebensbereichen Vorschub geleistet hat, soll mit dem Gesetz nun ein Riegel vorgeschoben werden. Entsprechend groß dürfte der Widerstand sein, der bei seiner Implementierung zu erwarten sein wird.

Dies legt auch ein auf zehn Jahre angelegtes „Implementierungsprogramm für die umfassende Förderung einer gesetzesgemäßen Verwaltung“ nahe, das der Staatsrat im Vorfeld des 1. Juli erlassen hat. In einer nationalen „Tele-Konferenz“ (mit Telefon- und TV-Schaltung) des Staatsrats am 28. Juni, der Ministerpräsident Wen Jiabao und seine Stellvertreter, sämtliche Staatsratskommissare sowie der Generalsekretär des Staatsrats Hua Jianmin vorsaken und an der zahlreiche Regierungsvertreter von der zentralen bis hinunter auf Kreisebene teilnahmen, betonte Wen Jiabao die große Bedeutung einer konsequenten Umsetzung des neuen Gesetzes. Als Kern einer gesetzmäßigen Verwaltung bezeichnete er die Regulierung und Beschränkung administrativer Macht in Übereinstimmung mit dem Gesetz; der Schlüssel für eine nach rechtsstaatlichen Kriterien arbeitenden Regierung sei die korrekte Bestimmung des Verhältnisses zwischen Regierung und Bürgern sowie zwischen politischer Macht und den Rechten des Einzelnen. Alle zuständigen Vertreter von Regierungs- und Verwaltungsbehörden der verschiedenen Ebenen rief er dazu auf, sich dieses neue Selbstverständnis zu Eigen zu machen. Während die administrative Macht unwiderruflich begrenzt werden müsse, gelte es, intermediären gesellschaftlichen Akteuren und dem freien Markt bei der Regulierung des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft eine deutlich größere Rolle als bisher zuzugestehen.

An die enormen sozialen und ökonomischen Verwerfungen, die diskretionäre behördliche Genehmigungspraktiken bislang verursachen konnten, erinnerte Ende Juli ein groß angelegter Streik von Taxifahrern in Yinchuan, der Hauptstadt der autonomen Region Ningxia in Nordchina. Mehr als 4.000 Taxifahrer der Stadt mit einer Million Einwohnern waren hier kollektiv in den Ausstand getreten, nachdem die Stadtregierung verordnet hatte, dass Taxilizenzen, die ursprünglich auf einer permanenten Grundlage ausgegeben worden waren, ab sofort alle fünf Jahre erneuert werden müssten. Heftigen Unmut löste die neue Bestimmung vor allem angesichts der extrem hohen Lizenzgebühren aus. So liegen nach Angaben von lokalen Taxifahrern die Kosten für Taxilizenzen, die bislang frei gehandelt werden konnten, bei mindestens 120.000 RMBY – im Vergleich dazu betrage das jährliche Nettoeinkommen eines Taxifahrers in Yinchuan rund 20.000 RMBY; die Anschaffungskosten eines eigenen Taxis lägen bei etwa 80.000 RMBY. Nach mehrtägigem Streik kündigte der Bürgermeister der Stadt einen Aufschub des In-Kraft-Tretens der neuen Bestimmung an, ohne dadurch aber die streikenden Taxifahrer, die eine Abschaffung, nicht einen Aufschub der Lizenzerneuerungspflicht verlangten, zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit bewegen zu können. (RMRB, 30.6.04; Xinhua, 29.7.04, nach BBC, 1.7.04; SCMP, 3.8.04) -hol-

8 Hu Jintao in Shanghai – Indizien eines Machtkampfs innerhalb der Parteilite?

Erstmals seit vier Jahren und erstmals seit seinem Amtsantritt als Generalsekretär der KPCh im Herbst 2002 hat Hu Jintao Ende Juli der Wirtschaftsmetropole Shanghai einen Besuch abgestattet. Über den viertätigen Besuch vom 26. bis 29. Juli berichteten die staatlichen Medien erst nach dessen Abschluss. Verschiedene Hongkonger und ausländische Kommentatoren nahmen das Ereignis zum Anlass, über einen sich zuspitzenden Machtkampf zwischen dem Führungsteam Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao und der so genannten „Shanghai-Clique“ um den frühe-

ren KPCh-Generalsekretär Jiang Zemin zu spekulieren.

Offiziell standen auf Hu Jintaos Besuchsprogramm die Besichtigung eines Kraftwerks (angesichts gehäufter Stromausfälle in diesem Sommer mit großer politischer Aufmerksamkeit bedacht), einer Werft, eines Forschungsparks, einer Automobilfabrik sowie der Insel Chongming, die von Stadtplanern als Großprojekt für ökologisches Wohnen ausgewiesen ist. Inhaltlich wurde die offizielle Agenda von dem so genannten „wissenschaftlichen Entwicklungskonzept“ dominiert, das im Januar zum offiziellen parteipolitischen Konzept erhoben worden war (vgl. C.a., 2004/1, Ü 7). Unter diesem Stichwort legte Hu Jintao bei verschiedenen Anlässen dar, dass in Zukunft eine nachhaltige, an verschiedenen sozialen Indikatoren messbare qualitative Entwicklung an die Stelle des bislang verfolgten quantitativen Wirtschaftswachstums treten müsse. Zugleich betonte er mehrfach, dass Shanghai seine führende Rolle als Motor der chinesischen Wirtschaft aufrechterhalten müsse.

Auf der inoffiziellen Agenda des Besuchs standen nach Vermutungen ausländischer China-Beobachter hingegen Bemühungen des KPCh-Generalsekretärs, die Wogen eines Machtkampfs innerhalb der Parteilite zu glätten, der seit seinem Amtsantritt untergründig geschwelt haben und anlässlich einer Politbürositzung am 23. Juli aufgebrochen sein soll. Nach diesen Darstellungen war Ministerpräsident Wen Jiabao an diesem Tag Opfer einer erbitterten Attacke des Shanghai-Parteisekretärs und Politbüromitglieds Chen Liangyu geworden. Dieser habe Wen Jiabao wegen der jüngsten Austeritätsmaßnahmen angegriffen, die die Regierung in den vergangenen Monaten zur Überwindung der Anzeichen wirtschaftlicher Überhitzung ergriffen hatte, und ihn persönlich dafür verantwortlich gemacht, damit eine „harte Landung“ der gesamten Wirtschaft des Landes zu riskieren, deren Gefahr er unter Verweis auf Einschätzungen internationaler Ökonomen in den Raum stellte. Die südostchinesischen Provinzen Jiangsu und Zhejiang, vor allem aber die Metropole Shanghai hätten durch die verhängten Investitionsstopps bereits immense ökonomische Schäden

erlitten, für die der Ministerpräsident die Verantwortung zu tragen habe. Chen und Wen, der die Maßnahmen verteidigte, hätten sich daraufhin ein heftiges Wortgefecht geliefert, das nur durch Hu Jintaos Eingreifen und den Hinweis habe beendet werden können, dass die Austeritätsmaßnahmen auf eine kollektive politische Entscheidung zurückgingen.

Diesem Vorfall wurde eine besondere Brisanz beigemessen, weil Chen Liangyu als Mitglied der so genannten „Shanghai-Clique“ um Jiang Zemin gilt, der nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des KPCh-Generalsekretärs im November 2002 noch das einflussreiche Amt des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission innehat. Mit Hilfe seiner „Clique“, so die Unterstellung, versuche Jiang Zemin, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme auszunutzen, um dem Führungsteam Hu-Wen politischen Schaden zuzufügen. Längerfristiges Ziel dabei sei es, eine zweite Amtszeit der beiden Kontrahenten über 2007 hinaus nach Möglichkeit zu verhindern und stattdessen seine eigenen Gefolgsleute in die Spitzenpositionen von Partei und Regierung zu hieven, solange er dazu noch Macht und Einfluss habe. Dies sei umso dringlicher, als Jiang Zemin selbst unter Druck stehe, sein letztes verbleibendes Amt an der Spitze des Militärs anlässlich der für September d.J. anberaumten 4. Plenarsitzung des XVI. ZK der KPCh niederzulegen und sich damit endgültig aus der Politik zu verabschieden.

Eine solch dramatische Deutung der intraelitären Verhältnisse scheint überzogen. Sie entspricht einem stark verengten Erklärungsmuster, das vor allem von China-Beobachtern in Hongkong seit Jahrzehnten bei der Analyse politischer Prozesse in der VR China angewandt wird. Problematisch erscheint an diesem Ansatz, dass er alle politischen Entscheidungsprozesse auf ein polarisierendes Schema machtpolitischer Konflikte reduziert. In Fortsetzung der „Zweilinienkämpfe“ der maoistischen Parteigeschichtsschreibung wurden in den 1980er- und frühen 1990er-Jahren als gegnerische Fraktionen „Reformer“ versus konservative „Hardliner“ ausgemacht. Seit dem Ausscheiden Deng Xiaopings trat an die Stelle dieser Konfliktlinie der über regional definierte Loyalitäten

geprägte Machtkampf zwischen der „Shanghai-Clique“ um Jiang Zemin und anderen Fraktionen, unter denen die ursprünglich aus dem Kommunistischen Jugendverband hervorgehende Seilschaft um Hu Jintao als die einflussreichste gilt. Entsprechend wird seit der Übergabe der parteistaatlichen Führung von Jiang Zemin auf Hu Jintao im Herbst 2002 bei allen sich bietenden Gelegenheiten und in allen Politikbereichen ein latenter, wenn nicht offener Machtkampf zwischen den beiden „Lagern“ insinuiert, für den sich fast immer Indizien finden lassen.

Zwar ist gewiss nicht von der Hand zu weisen, dass der Einfluss Jiang Zemins auf das Militär und damit auf außen- und sicherheitspolitische Politikfelder, insbesondere der Taiwan-Politik, nach wie vor sehr groß ist. Das Gleiche aber auch in allen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik anzunehmen und die hier getroffenen Entscheidungen allein auf dichotomische machtpolitische Interessen kontrahierender Fraktionen zu reduzieren, scheint an der inhaltlichen Komplexität und Vielschichtigkeit der bestehenden Probleme und der politischen Strategien zu ihrer Lösung vorbeizugehen. Sicherlich mögen machtpolitische Kalküle der Entscheidungsträger wie überall so auch in der VR China immer eine Rolle spielen, doch scheint der politische Prozess zumindest auf zentralstaatlicher Ebene im Allgemeinen durch kollektive Entscheidungsmechanismen in den parteistaatlichen Führungsgremien und eine zunehmend breite Einbeziehung von Verwaltungs- und Expertenwissen inzwischen ausreichend institutionalisiert, um die Projektionsmöglichkeiten persönlicher oder fraktioneller Macht zu begrenzen.

So erscheint es im vorliegenden Fall durchaus plausibel, dass es in der Frage des politischen Umgangs mit den wirtschaftlichen Überhitzungssymptomen zu Differenzen zwischen dem Interesse der zentralen Führung an einer Wahrung makroökonomischer Stabilität und den Interessen vor allem der südostchinesischen Provinzen an einer möglichst dynamischen regionalen Wirtschaftsentwicklung gekommen ist. Wiederholte Mahnungen an die Adresse lokaler Partei- und Regierungskader, den zentralstaatlichen Vorgaben im Interesse ihrer weiteren

beruflichen Karriere Folge zu leisten, wie sie den staatlichen Medien in den vergangenen Wochen zu entnehmen waren, weisen auf die „Normalität“ solcher Konflikte zwischen zentralen und lokalen Interessen. In der Austragung derartiger Differenzen im Politbüro aber eine massive machtpolitische Verschwörung der „Shanghai-Clique“ am Werk zu sehen, scheint die zahlreichen effektiven Mechanismen zur Konsensbildung und -absicherung zu unterschätzen, von denen die meisten zentralstaatlichen Entscheidungen im politischen Alltag zum Tragen kommen. (Xinhua, 29.7.04, nach BBC PF, 6.8.04; ST, 10.7., 3.8.04; *Hsin-pao (Hong Kong Economic Journal)*, 27.7.04, nach BBC PF, 28.7.04; IHT, 16.7.04; FT, 31.7.04) -hol-

9 „Glasnost“ auf Dorfebene

Seit ihrem Antritt im Herbst 2002 bzw. Frühjahr 2003 hat sich die neue Führungsriege unter Hu Jintao und Wen Jiabao die Verbesserung der Situation in den ländlichen Regionen, deren sozioökonomische Entwicklung von der Dynamik der urbanen Zentren immer weiter abgekoppelt zu werden droht, auf ihre Fahnen geschrieben. Neben wirtschaftspolitischen und fiskalischen Maßnahmen zur Lösung der ländlichen Probleme liegt das Augenmerk der Führung auch auf der Erweiterung politischer Partizipationsmöglichkeiten der bäuerlichen Bevölkerung. Im jüngsten Schritt haben das ZK der KPCh und der Staatsrat am 22. Juni ein gemeinsames Rundschreiben zur Stärkung der Transparenz kommunaler Verwaltung auf Dorfebene verabschiedet, dessen Inhalte im Juli in den staatlichen Medien veröffentlicht wurden.

Das Rundschreiben mit dem Titel „Ansichten der Hauptbüros des ZK der KPCh und des Staatsrats zur Stärkung und Verbesserung einer offenen und demokratischen Dorfverwaltung“ beinhaltet sechs Direktiven. Den größten Raum nehmen darin Forderungen nach einer Verbesserung der kommunalen Informationspolitik ein. Das Recht der dörflichen Bevölkerung, regelmäßig über kommunalpolitische Belange informiert zu werden, müsse besser als bisher eingelöst werden. Dies betreffe insbesondere Fragen des

dörflichen Haushalts und der Finanzplanung, der Vergütung öffentlicher Bediensteter, der Verteilung und Nutzung von Grund und Boden und der Familienplanungspolitik – Bereiche, in denen es seit Jahren bekanntermaßen immer wieder zu Missbrauch durch lokale Partei- und Regierungsfunktionäre gekommen ist.

Wichtige kommunalpolitische Fragen und Entscheidungen sollten der Bevölkerung möglichst umgehend nahe gebracht werden; mindestens einmal im Quartal aber seien aktuelle Berichte über alle relevanten Verwaltungsaktivitäten mittels öffentlicher Aushänge, Rundfunk- und Fernsehbeiträge, Internetmeldungen oder Anhörungen bekannt zu machen. Auf spezielle Anfragen aus der Bevölkerung sollten die zuständigen Verwaltungsbehörden innerhalb von zehn Tagen antworten.

Ferner solle die bäuerliche Bevölkerung aus der Reihe respektabler Dorfvertreter ein Aufsichtskomitee zur Überwachung der Informationspolitik der kommunalen Verwaltungen wählen. Aus den Reihen dieses Aufsichtskomitees sollte wiederum ein spezielles Finanzkomitee hervorgehen, das eine gesonderte Aufsicht über die Einnahme- und Ausgabenströme öffentlicher Gelder führen solle.

Schließlich wurden die Dorfkomitees als Organe der dörflichen Selbstverwaltung angehalten, bei der Formulierung und Durchführung dörflicher Politik transparenter und demokratischer zu verfahren. So müsse die faire Durchführung der auf dieser Ebene vorgesehenen Direktwahlen garantiert und eine vollständige und transparente Übergabe der Amtsgeschäfte von scheidenden Mitgliedern der Dorfkomitees an gewählte Nachfolger sichergestellt werden.

In der Praxis kommt es bei der Direktwahl dörflicher „Volksvertreter“ immer wieder zu Problemen. Am Tag der Veröffentlichung des Rundschreibens in den chinesischen Medien berichtete die Hongkonger *South China Morning Post* über den Fall Zhang Yayu, ein Bewerber bei der Wahl zum Dorfkomitee in dem Dorf Jingwentun im Disktrikt Changping nördlich von Beijing. Danach war Zhang Yayu im Juni von den Einwohnern des Dorfes als aussichtsreicher Kandidat nominiert worden, nachdem er im vergangenen

Jahr bei der zuständigen Distriktbehörde eine Überprüfung der Dorffinanzen beantragt hatte. Die Prüfung hatte nicht nur übermäßig hohe konsumptive Ausgaben für Festivitäten des Dorfkomitees, sondern auch Unstimmigkeiten bei der Verwendung sozialer Unterstützungsgelder festgestellt. In der Folge wurden dem Parteisekretär des Dorfes, der für die finanziellen Unregelmäßigkeiten verantwortlich gemacht wurde, Prämienzahlungen gestrichen und eine weitere Amtszeit untersagt.

Während Zhang Yayu mit seinem Verhalten die Sympathie der Dorfbewölkerung gewann, zog er damit zugleich den Zorn des Parteisekretärs und des Dorfkomitees auf sich. Nach eigenen Aussagen wurde er nach seiner Nominierung gemeinsam mit einigen Wahlhelfern von einer Gruppe von Gefolgsleuten amtierender Mitglieder umstellt und sieben Stunden lang festgehalten. Die Gruppe zwang ihn dazu, in einem Brief an die übergeordnete Gemeindebehörde auf seine Kandidatur zu verzichten und aus dem Wahlkampf auszusteigen. Als er am darauf folgenden Tag beim Gemeindeparteisekretär vorstellig wurde, um seinen Brief zurückzuziehen und die Kandidatur zu bestätigen, stieß er dort mit der Begründung auf taube Ohren, dies würde die Seriosität der Wahlen beeinträchtigen. Eine überraschende Wende ergab sich bei den Wahlen zum Dorfkomitee, als im ersten Wahldurchgang eines der zwei zu besetzenden Ämter nicht besetzt werden konnte, da dem Mitbewerber eine ausreichend hohe Stimmenzahl fehlte. Zahlreiche Dorfbewohner hatten stattdessen den Namen Zhang Yayus in ein leeres Feld des Stimmzettels eingetragen, um ihrer Empörung über die Kandidatenliste Ausdruck zu geben. Zhang Yayu wurde daraufhin nachnominert und erhielt im zweiten Wahldurchgang erwartungsgemäß die Mehrzahl der Stimmen. Angesichts der fortbestehenden Spannungen erwartet ihn eine konfliktreiche Amtszeit. Dennoch plant er, die Transparenz der kommunalen Verwaltung insbesondere im Finanzbereich weiter voranzutreiben und der Öffentlichkeit monatliche Haushaltsberichte vorzulegen.

Der Fall Zhang Yayu deutet ein weiteres Mal auf die verbreiteten Missstän-

de der Intransparenz kommunaler Entscheidungen, der Korruption und des Amtsmissbrauchs in den lokalen Verwaltungen hin. Fraglich ist, ob diese strukturell bedingten Defizite durch Appelle zu mehr Transparenz und die Schaffung immer neuer Aufsichtskomitees behoben werden kann. Wo auch immer die Grenze zwischen direkt gewählten Volksvertretern (wie für die Ebene der Dörfer und inzwischen ansatzweise auch für die Gemeinden vorgesehen ist) und hoheitlich von übergeordneten Hierarchieebenen eingesetzten Regierungsfunktionären verläuft, entstehen starke politische Spannungen, die die Lösung der bestehenden Probleme in besonderem Maß erschweren.

Beeinträchtigt wird die Glaubwürdigkeit der jüngsten parteistaatlichen Bemühungen um stärkere Transparenz auf Dorfebene durch den Umgang mit einem Anfang 2004 vom Literatur-Verlag publizierten Buch zum wachsenden Elend der bäuerlichen Bevölkerung. Unter dem nüchternen Titel „Untersuchung zur Lage chinesischer Bauern“ gibt das von dem Ehepaar Chen Guidi und Wu Chuntao, selbst bäuerlicher Herkunft, verfasste Buch ein detailliertes Bild von Korruption und ökonomischer Ausbeutung, sozialer Ungerechtigkeit, politischer Unterdrückung und Versuchen des Widerstands einzelner Bauern gegen diese Missstände. Ausgestattet mit zahlreichen individuellen Beispielen und einem emotional engagierten Stil wurde die Publikation innerhalb weniger Wochen landesweit zum Bestseller und beherrschte die Diskussionen auf verschiedenen Internetforen. Durch diverse Interviews in Presse und staatlichem Fernsehen erlangte das Autorenehepaar einen hohen Bekanntheitsgrad auch in der nicht intellektuellen Öffentlichkeit.

Anfang März jedoch erließ die ZK-Propagandaabteilung überraschend ein landesweites Verkaufsverbot für den Bestseller. Offenbar galt es, im Vorfeld der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses die diskursive Hoheit der parteistaatlichen Führung in der öffentlichen Diskussion ländlicher Probleme wieder herzustellen. Von einem auf den anderen Tag wurde das Buch in den staatlichen Medien tabuisiert, entsprechende Internetseiten wurden zensiert. Nachdem der

Literatur-Verlag die Publikation eingestellt hat, dominieren Raubkopien den Markt, von denen bislang bis zu sieben Millionen Exemplare verkauft worden sein sollen. Zugleich strengte ein lokaler Funktionär aus der Provinz Anhui, der in dem Buch namentlich kritisiert worden war, gegen Chen und Wu einen Gerichtsprozess wegen Diffamierung an. Das Ehepaar befürchtet, in dem Prozess zu unterliegen, zumal der Sohn des Klägers als Richter in dem angerufenen Gericht fungiert. Der Fall macht deutlich, dass die Forderungen nach verstärkter Transparenz auf dem Gebiet ländlicher Probleme nicht als politischer Selbstzweck im Sinn erweiterter demokratischer Kontroll- und Partizipationsmöglichkeiten der bäuerlichen Bevölkerung zu verstehen ist, sondern eher als ein Mittel zentralstaatlicher Herrschaft, um den verbreiteten Problemen ländlicher Korruption und Amtswillkür zu begegnen. (RMRB, 12.7.04; XNA, 11.7.04; Xinhua, 11., 13.7.04, nach BBC PF, 16., 18.7.04; SCMP, 12.7.04; IHT, 9., 29.7.04; Kyodo News Service, 22.7.04, nach BBC PF, 25.7.04; Wenran Jiang, „Prosperity based on Poverty and Disparity“, www.gbcc.org.uk/28Prosperitybased.htm) -hol-

10 Jiang Yanyong aus militärischem Gewahrsam entlassen

Der Militärarzt Jiang Yanyong, der anlässlich der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März 2004 in einem nachträglich veröffentlichten Schreiben eine Neubewertung der Protestbewegung von 1989 gefordert hatte, ist Mitte Juli aus eineinhalbmonatiger Haft in einer militärischen Einrichtung entlassen worden.

Der 72-jährige Arzt hatte im vergangenen Jahr entscheidend zur Aufdeckung der SARS-Epidemie beigetragen und dadurch in der chinesischen Öffentlichkeit große Prominenz erlangt. Nach Angaben internationaler Medien war er am 1. Juni von Angehörigen der Volksbefreiungsarmee in Gewahrsam genommen worden, als er sich auf dem Weg zur US-amerikanischen Botschaft befand, um dort ein Visum zu beantragen. Noch wenige Wochen zuvor hatten regimekritische chinesische Intel-

lektuelle gemutmaßt, dass Jiang Yanyong aufgrund seines hohen militärischen Ranges, seines Alters und seiner Prominenz wohl kaum Repressalien wegen seiner Forderung nach einer Neubewertung der Ereignisse von 1989 zu befürchten bräuchte. Nicht wenige Vertreter der vierten Führungsgeneration teilten im Privaten angeblich die Ansichten Jiang Yanyongs und sahen keinen dringlichen Grund für ein repressives Vorgehen gegen ihn. Nach Insiderinformationen aus Beijing war die Festnahme Jiang Yanyongs drei Monate nach Bekanntwerden des Aufsehens erregenden Schreibens durch den früheren KPCh-Generalsekretär und noch amtierenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission Jiang Zemin veranlasst worden. Dass Jiang Zemin hier tatsächlich persönlich interveniert haben könnte, scheint insofern plausibel, als er seinen überraschenden Aufstieg an die Spitze der Parteihierarchie im Sommer 1989 den personellen Änderungen im Gefolge der Protestbewegung zu verdanken hatte und sich durch das Schreiben Jiang Yanyongs damit in besonderer Weise angegriffen fühlen könnte.

Nach Bekanntwerden der Festnahme Jiang Yanyongs setzten sich zahlreiche chinesische und internationale Gruppen für seine Freilassung ein. Besonderes Aufsehen erregte eine Online-Petition an Partei- und Staatschef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao, in der 400 chinesische Bürger, darunter bekannte Intellektuelle wie der Ökonom Mao Yushi, Aufklärung über seinen Verbleib und seine unverzügliche Freilassung forderten. Auch die Sicherheitsberaterin der US-amerikanischen Regierung, Condoleezza Rice, setzte sich bei ihrem jüngsten Besuch in Beijing für Jiang Yanyong ein.

Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen ist Jiang Yanyong während der insgesamt 45 Tage, die er in Gewahrsam verbrachte, wiederholten Verhören unterzogen worden, bei denen ihm allerdings keine kriminellen Handlungen nachgewiesen werden konnten. Außerdem musste er eine intensive politische Indoktrination über sich ergehen lassen. So sei ihm tagtäglich ein „Gedankenbericht“ abverlangt worden. Zuletzt habe er durch implizite Formulierungen den Verhö-

renden die Möglichkeit gegeben, seine Ausführungen als Eingeständnis von Fehlern zu deuten.

Menschenrechtsexperten halten es für wahrscheinlich, dass Jiang Yanyong nach seiner Freilassung nun zunächst unter Hausarrest gestellt und ihm untersagt werden wird, Kontakt zur Außenwelt aufzunehmen. Insbesondere dürfte er von ausländischen Journalisten abgeschirmt werden. (SCMP, 4.6.04; ST, 5.6., 10., 23.7.04; WSJ, 15.7.04; IHT, 21., 29.7.04, *Hsin-pao (Hong Kong Economic Journal)*, 27.7.04, nach BBC PF, 28.7.04) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

11 Private Hochschulen wichtig für das Erreichen der Bildungsziele

Während China auf der einen Seite über zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte verfügt, finden auf der anderen Seite die Absolventen von Hoch- und Fachhochschulen keine Anstellung. Vor diesem Hintergrund befasste sich eine Forschungsgruppe verschiedener Institutionen mit den Entwicklungsmöglichkeiten privater Hochschulen, deren Ergebnisse Mitte Juli vorgestellt wurden. In der Gruppe waren u.a. Forscher des Staatsrats, des Erziehungsministeriums, des Bundes für Industrie und Handel, der China Enterprise Evaluation Association, der Chinesischen Gesellschaft für Berufsbildung und der Beijinger Akademie für Erziehungswissenschaften vertreten. In ihrem Bericht mit dem Titel „Die strategische Alternative für die dauerhafte Entwicklung der privaten Hochschulbildung im gegenwärtigen China“ heben sie die Bedeutung der privaten Hochschulen hervor, betonen aber zugleich, dass diese ihre Ausbildungsinhalte und -formen weit stärker als bisher an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes ausrichten und „Beschäftigung als Leitlinie“ (*yi jiyue wei dao-xiang*) verfolgen müssen und dafür auch mit den Unternehmen enger zusammenarbeiten sollten. Als nachahmenswertes Beispiel wird die Berufs-

akademie für Internationalen Handel in Shaanxi angeführt.

Die Zahl der privaten Hochschulen, die zur Ausstellung von Zeugnissen berechtigt ist, habe im Jahre 2003 bereits 1.277 erreicht, an denen 2,064 Mio. Studenten eingeschrieben seien. Eine Untersuchung an 171 öffentlichen und privaten Berufs- und Fachhochschulen habe weiter ergeben, dass 2003 84,6% der Absolventen eine Anstellung gefunden haben und die Erfolgsrate bei den privaten Hochschulen sogar noch höher lag. Dennoch sei aber der oben genannte Widerspruch zwischen Fachkräftemangel und erfolgloser Jobsuche zu beklagen, seitdem 2003 erstmals ein größerer Absolventenjahrgang auf den Arbeitsmarkt strömte, der nach Ausweitung der Immatrikulationen 1999 an die Hochschulen kam. Durch den verschärften Wettbewerb habe der Druck auf die Abgänger von Privathochschulen noch zugenommen, die ohnehin in einer schwächeren Position seien (GMRB, 14.7.04). Die Volkszeitung schlussfolgerte aus Zahlen für Beijing, dass sowohl in der Bevölkerung als auch bei Unternehmen die Ausbildung durch Berufshochschulen immer mehr akzeptiert wird. Im Jahre 2002 gab es hier 8.444 Absolventen, von denen 53% eine Anstellung fanden; 2003 lauteten die entsprechenden Zahlen 12.911 und 62% und 2004 erhielten von 21.252 Absolventen beruflicher Hochschulen 88% einen Job (RMRB, 28.7.04).

Durch die verstärkte Aufnahme von Studenten hat sich an den Hochschulen das Verhältnis von Lehrern zu Studenten von ehemals 1:8 zu 1:15 oder sogar 1:18 verschlechtert. Die Hochschulen in Guangdong haben bereits einen Mehrbedarf von über 5.000 Hochschullehrern angemeldet. Derzeit besuchen allerdings nur 20% der chinesischen Jugendlichen zwischen 18 und 21 Jahren eine Hochschule, in den USA und Großbritannien sind dies zwischen 50 und 60%. (XNA, 8.6.04) -gs-

12 Kündigungsschutz für Lehrer in Heilongjiang soll aufgehoben werden

1986 wurde mit der Einführung des Arbeitsvertragssystems für neu an-